



Carles Puigdemont bleibt vorerst in Berlin

Von Elisabeth Voß, Berlin

Nachdem der ehemalige katalonische Regionalpräsident Carles Puigdemont am 6. April 2018 unter Auflagen aus dem Gefängnis in Neumünster entlassen wurde, gab er am folgenden Tag eine Pressekonferenz in Berlin. Er hat die Hauptstadt bei den Behörden als seinen Aufenthaltsort in Deutschland angegeben, und wird sich hier nun regelmäßig bei der Polizei melden. Über Nacht hatten Aktivist*innen die Pressekonferenz im Aquarium organisiert, einem beliebten Veranstaltungsort, der zum Südblock am Kottbusser Tor gehört, und auch von Nachbarschaftsinitiativen und politischen Gruppen genutzt wird. Trotz der kurzfristigen Ankündigung waren die Räume schnell gefüllt, so dass aus Sicherheitsgründen sogar Journalist*innen, die keinen Auftrag eines größeren Mediums vorweisen konnten, nicht mehr hinein gelassen wurden.

Carles Puigdemont erklärte, dass er die behördlichen Auflagen respektiere und so lange in Deutschland bleiben würde, wie es notwendig sei. Er betonte, dass er an die Demokratie in den europäischen Staaten glaube und ebenso an die Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Sobald das Verfahren in Deutschland abgeschlossen sei, wolle er nach Belgien zurückkehren.

Weiter führte er aus, dass es ihm darum gehe, die Rechte der katalonischen Bevölkerung zu verteidigen, und ebenso seine persönlichen Rechte. Er fühle sich verpflichtet, über die politische Situation in Katalonien aufzuklären, und es sei Teil dieser Verpflichtung, dass er dabei auch persönliche Risiken eingehe.

Zum Konflikt der katalonischen Unabhängigkeitsbewegung mit dem spanischen Staat berichtete Carles Puigdemont, dass er von der spanischen Regierung ein internationales Mediationsverfahren gefordert habe, um einen politischen Dialog zu führen, mit Unterstützung aus anderen europäischen Ländern, denn der Konflikt brauche eine politische Lösung. Dies habe die Regierung abgelehnt. Seine Bewegung sei weiterhin gesprächsbereit, leider gäbe es jedoch bislang kein Recht auf einen politischen Dialog.



Die katalonische Unabhängigkeit ist nicht die einzige Lösung

Nach Aussage von Carles Puigdemont sieht die katalonische Bewegung die Unabhängigkeit nicht als einzige Lösung, aber als ihren Vorschlag, über den zu verhandeln sei. Er habe den spanischen Ministerpräsidenten Rajoy gefragt, ob dieser irgendwelche Vorschläge für Katalonien habe. Statt eines Dialogs sei die Antwort nur gewesen „nein“, mit darauffolgender Repression und Gefängnis. Nun gehe es darum, die aktuelle Situation zu nutzen, um weiterhin für das fundamentale Recht auf Selbstbestimmung entsprechend der UN Charta zu kämpfen.



Die Pressekonferenz wurde in den drei Sprachen Katalan, Spanisch und Englisch abgehalten, und über Lautsprecher auch zu den im Freien Wartenden übertragen. Zum Schluss sprach Carles Puigdemont auch draußen noch ein paar Sätze. Umringt von Journalist*innen und Anhänger*innen drehte er eine

kleine Runde durch Kreuzberger Hinterhöfe, wo es nochmal Gelegenheiten gab für Fotos, und ein katalonisches Unabhängigkeitslied angestimmt wurde.

Ein Vertreter der Veranstalter*innen betonte bereits vor der Pressekonferenz, dass diese katalonische Bewegung nicht nationalistisch oder rassistisch sei, sondern dass es um demokratische Rechte gehe. Nun gibt es ja viele gute Gründe sowohl für als auch gegen die katalonische Unabhängigkeit. Der aktuelle Konflikt scheint jedoch darüber hinaus zu weisen, denn er wirft die Frage auf, wie ein größtmögliches Maß an regionaler Selbstbestimmung in einer globalisierten Welt gestaltet sein könnte, welche demokratischen Strukturen dafür erforderlich wären, und welche Rolle, aber auch welche Legitimation die Nationalstaaten dann noch hätten.



Spannende Impulse für politische Diskussionen

Solche und viele weitere Fragen werden nun wohl verstärkt in Berlin diskutiert werden. Sie können unter anderem anknüpfen an die Erfahrungen der zapatistischen Selbstverwaltung in Chiapas, an den



demokratischen Konföderalismus kurdischer Gebiete im Norden Syriens, und an die munizipalistischen Bewegungen in Spanien. In Barcelona, der Hauptstadt Kataloniens, stellt die Basisbewegung „Barcelona en Comu“ (Barcelona gemeinsam) bereits seit Juni 2015 die stärkste Parlamentsfraktion, Bürgermeisterin ist die Rechtsanwalt-Aktivistin Ada Colau. Auch die Rathäuser weiterer Städte in Spanien wurden von sozialen Bewegungen übernommen, deren gemeinsames Selbstverständnis als „Furchtlose Städte“ auf einem gleichnamigen transnationalen Kongress in Barcelona im letzten Jahr als feministisch und antirassistisch dargelegt wurde¹. Wenn sich in der politisch sehr breiten katalonischen Unabhängigkeitsbewegung solche

emanzipatorischen Ausrichtungen durchsetzen, dann können daraus spannende Impulse für Europa und auch darüber hinaus erwachsen.

Carles Puigdemont steht für eine Bewegung, die sich obrigkeitsstaatlicher Bevormundung und Repression widersetzt. Dafür haben er und seine Mitstreiter*innen allen Respekt verdient. Nun sollten sie von Demokrat*innen weltweit unterstützt werden, damit die noch in Spanien Einsitzenden endlich aus dem Gefängnis entlassen werden, und damit auch die juristischen Anklagen gegen Carles Puigdemont vollständig fallen gelassen werden. Denn mit dem verbliebenen Vorwurf der Korruption, den der spanische Staat nun begründen müssen, wird keineswegs behauptet, Carles Puigdemont und seine Mitstreiter*innen hätten sich persönlich bereichert. Ihnen wird lediglich vorgeworfen, ein Referendum durchgeführt und dafür öffentliche Gelder eingesetzt zu haben.

Es bleibt zu hoffen, dass es einer solidarischen Öffentlichkeit gelingt, die Aushandlung politischer Fragen weg von den Gerichtsbarkeiten und zurück auf die politische Bühne zu holen.



¹ Elisabeth Voß: Rebellische Städte gegen Rassismus und Patriarchat – Fearless Cities: Konferenz in Barcelona im Juni 2017, in: CONTRASTE – Monatszeitung für Selbstorganisation, Ausgabe 396, Sept. 2017, Übersetzung ins Englische: <https://peterlachnewinsky.wordpress.com/2017/09/25/against-hate-walls-borders-fearless-cities-conference-barcelona/>